

## Die AfD – Keine Alternative für Deutschland

Wir als DGB-Jugend Bayern beobachten seit jeher die Entwicklung rechter Ideologien innerhalb unserer Gesellschaft. Mit Sorge betrachten wir die Aggressivität und Salonfähigkeit des Rassismus – insbesondere im Zusammenhang mit der AfD. Die Positionen der AfD und anderer rechter Parteien stehen im völligen Gegensatz zu unseren Vorstellungen von einer pluralistischen und solidarischen Gesellschaft.

Der gesellschaftliche Diskurs, der von der AfD mitgeprägt wird, bewirkt auch einen Rechtsruck in allen weiteren Parteien, die zum Teil Kernforderungen vom rechten Rand zur Umsetzung bringen. Aus rechter Rhetorik und dem Zündeln und Spielen mit Vorurteilen wird dieser Tage allzu schnell Politik und auch Regierungshandeln, ohne, dass die AfD direkt beteiligt ist. Das kürzlich auf den Weg gebrachte Integrationsgesetz ist das wohl aktuellste Beispiel dafür.

Die zunehmende Akzeptanz der AfD machen wir an den zurückliegenden Wahlergebnissen – in der Spitze in Sachsen-Anhalt mit 24% Zustimmung – und an verschiedensten Befragungen in der Bevölkerung fest. Wir wissen auch um die Akzeptanz vieler rechter Thesen in unserer eigenen Mitgliedschaft. Die AfD tritt als Partei der „kleinen Leute“ auf, bei vielen vielleicht sogar als Partei der Arbeiter\_innen. Selbsternannte, wenn auch unbedeutende Parteiflügel wie die „AidA – Arbeitnehmer in der AfD“ sind der Beweis für das Bestreben, Arbeiter\_innen für sich zu gewinnen. Die Jugendorganisation „Junge Alternative“ zeigt, wie die AfD verstärkt um junges Publikum wirbt. Angesichts solcher Parteibemühungen erkennen wir die Gefahr, dass einige unserer Kolleg\_innen den Wolf im AfD-Schafspelz unterschätzen und diese Partei nur deshalb unterstützen, weil sie sich mit den wahren Konsequenzen ihrer Politik bislang nur oberflächlich beschäftigt haben.

Gezielt greift die AfD auch gewerkschaftliche Themen auf, so z.B. bei der Kritik am fehlenden sozialen Wohnungsbau, bei Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und Co., bei der Einseitigkeit mancher Medien und der Korruptierbarkeit der Politik. Eine verfehlte Asylpolitik verschärft soziale Probleme unnötig und es fehlen nachhaltige Lösungen in fast allen internationalen Konflikten, innerhalb wie außerhalb der EU. Jedoch unterscheiden sich die Schlüsse und Lösungsansätze, die daraus entwickelt werden, grundlegend.

Wo wir als Vertreterin von 6,2 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern für solidarische, faire Bedingungen für alle Menschen streiten, propagiert die AfD eine Strategie voller Missgunst und Hass. Wo Gewerkschafter\_innen seit Jahren langfristige, gut durchdachte Antworten entwickelt haben, kommt die AfD mit ihren „schwach gegen schwächer“-Parolen um die Ecke. Und wo die Gewerkschaftsjugend für soziale Gerechtigkeit für alle kämpft stellt die AfD zuallererst die Frage nach Nationalität oder Religion.

Das ist für die DGB-Jugend Bayern nicht akzeptabel. Wir weigern uns, diese Partei als Mitspielerin im demokratischen System anzuerkennen. Denn die Lösungsvorschläge der AfD mögen einfach klingen, sind aber in weiten Teilen darauf abgestellt, eine Welt wider unserer solidarischen, gerechten und demokratischen Grundhaltung zu erzeugen. Deshalb werden wir weiterhin aktiv gegen den populistischen Stimmenfang vorgehen und stellen uns der Verschiebung der politischen Debatte nach rechts in den Weg.



Um der AfD und anderen rechten Akteurinnen die Kraft zu entziehen, wird die DGB-Jugend Bayern mit ihren Mitgliedsge-  
werkschaften folgende Maßnahmen durchführen:

### **1. Interne Bildungsarbeit stärken**

Zur Stärkung unserer Mitglieder leisten wir einen Beitrag zur Aufklärung über die Positionen der AfD:

- a. Es werden Argumentationshilfen und eine Broschüre über das Programm der AfD aus Sicht der Gewerkschaftsjugend erarbeitet und zur Verfügung gestellt.
- b. In Zusammenarbeit mit den Mitgliedsgewerkschaften werden Materialien für betriebliche und studentische Interessensvertretungen sowie best-practice-Beispiele aus den Betrieben gesammelt und aufbereitet.
- c. Die DGB-Jugend Bayern bietet ein Wochenendseminar zur Schulung von Multiplikator\_innen an.

### **2. Bündnisse unterstützen, gegen die AfD mobilisieren**

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsgewerkschaften engagieren wir uns in Bündnissen, Kampagnen und Aktionen, um möglichst viele Akteure\_innen von unseren Idealen und unserer Position gegen die AfD zu überzeugen. Besonders zu erwähnen sind die:

- a. „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat – gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt“
- b. Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“
- c. Aktion „Hand in Hand gegen Rassismus – für Menschenrechte und Vielfalt!“

Weiteren Bündnissen stehen wir offen gegenüber und wissen, dass unsere örtlichen Gewerkschaftsjungen schon jetzt in den Strukturen vor Ort stark unterstützen und Themen treiben, um regional abgestimmte Aktivitäten voran zu bringen.

### **3. Gewerkschaftliche Positionen stärken**

Wir besetzen ab sofort wieder stärker genau die Fragen, bei denen rechte Parteien vermeintlich einfache Lösungen anbieten. Denn die gewerkschaftlichen Antworten sind nicht nur gut durchdacht, effektiv und nachvollziehbar, sondern auch im Interesse aller Menschen.

Mit unseren Mitgliedsgewerkschaften werden wir öffentlichkeitswirksam für gewerkschaftspolitische Positionen werben und damit den öffentlichen Diskurs in unserem Sinne beeinflussen. Dabei stehen soziale Fragen besonders im Fokus unserer Bemühungen.

### **4. Innergewerkschaftliche Diskussion antreiben**

Auch innerhalb der DGB-Gewerkschaften sowie im DGB selbst muss die Debatte um den Umgang mit der AfD sowie die Vorgehensweise gegen rechte Parteien und Aktivitäten weiter geführt werden. Als Jugendverband verstehen wir uns als Treiberin dieser internen Debatte und werden unserer Rolle auch weiterhin offensiv und nachdrücklich gerecht werden. Unser Ziel muss sein, klare Kante gegen die AfD und deren menschenfeindlichen Parolen zu beziehen und so viel Einfluss wie möglich gegen das Erstarken rechter Parteien geltend zu machen. Jederzeit. Allorts.

Mit dem genaueren Blick auf das Parteiprogramm, die Debatten auf dem Parteitag und Äußerungen sogenannter Spitzenpolitiker\_innen der AfD wird deutlich, wessen Geistes Kind die AfD ist. Sie ist keine Partei der „kleinen Leute“ und Arbeitnehmer\_innen.

Die AfD ist eine unsoziale Partei...

...weil sie einen schlanken anstatt eines starken Sozialstaats will. In ihrem Parteiprogramm fordert die AfD die Abschaffung der Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie die Abschaffung des progressiven Steuersystems. (s. S. 9 sowie 74 – 77\*)

...weil sie am Sozialstaat kürzen und einsparen will, anstatt ihn zu stärken. (s. S. 35 – 38\*)

...weil sie Auszubildende als zu gering qualifiziert abwertet, anstatt die Ursachen des Mangels an guten Ausbildungsplätzen in den Blick zu nehmen. (s. S. 54\*)

...weil sie den neoliberalen Standortnationalismus und Wettbewerbsfähigkeit der Staaten in der EU ausbauen und nicht einschränken will. (s. S. 67\*)

Die AfD ist eine (kultur)rassistische Partei...

...weil sie eine vermeintliche (christlich-jüdische) deutsche Leitkultur und ihre Träger\_innen über den Islam und Muslime im Allgemeinen stellt. In ihrem Programm spricht die Partei von den „unverwechselbaren Eigenheiten“ der deutschen Kultur, Sprache und Identität. Im gleichen Abschnitt wird Deutschland zu den „großen europäischen Kulturnationen“ gezählt. Der „Islam gehört nicht zu Deutschland“ und „in der Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“. Den Muezzinruf und Minarette möchte die Partei verbieten. Eine Körperschaft des öffentlichen Rechts sollen muslimische Religionen nicht werden dürfen. Der muslimische Religionsunterricht ist in einen Ethikunterricht zu integrieren, gleiches soll aber nicht mit dem christlichen Religionsunterricht passieren. Eine vermeintliche „Deutsche Mehrheit“ sieht das so, entsprechend haben sich Minderheiten unterzuordnen. Die AfD legt damit die Axt an die Grundrechte der deutschen Verfassung. (s. S. 46 – 50\*)

...weil sie das individuelle Asylrecht abschaffen wollen, um so „Masseneinwanderung“ und ein „[...] schleichen- den Erlöschen der europäischen Kulturen [...]“ zu verhindern. (s. S. 59\*)

... weil sie einen EU-Beitritt der Türkei grundsätzlich aufgrund kultureller Gründe ablehnt. (s. S. 18\*)

Die AfD ist eine völkisch-nationalistische Partei

...weil sie in ihrer Präambel betont „Deutsche sein und bleiben zu wollen.“ (s. S. 6\*)

...weil sie unter Würde des Menschen in ihrer Präambel vor allem „die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes [...]“ versteht. (s. S. 6\*)

...weil sie die deutsche Staatsangehörigkeit nur Kindern mit einem deutschen Elternteil zukommen lassen will. (s. S. 65\*)

Die AfD ist eine frauenfeindliche Partei

...weil sie die Rolle der Frau als Mutter ins Zentrum stellen möchte und die klassische Familie aus Mann und Frau als „als Leitbild“ sieht, die „das Fundament unserer Gesellschaft“ bildet. (s. S. 41\*)

...die Gender-Forschung abschaffen will. Nach Ansicht der AfD „marginalisiert [die Gender Ideologie] naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und wirkt damit traditionellen Wertvorstellungen und spezifischen Geschlechterrollen in den Familien entgegen.“ Die „natürliche Entwicklung der Kinder“ werde damit untergraben. (s. S. 41\*)

...sich gegen jede Form von Quoten in Wirtschaft und Politik ausspricht. (s. S. 55 – 56\*)

...weil sie alleinerziehende Frauen allein lassen möchte. So heißt es im Parteiprogramm: „Wir wenden uns entschieden gegen Versuche von Organisationen, Medien und Politik, Einelternfamilien als fortschrittlichen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf zu propagieren. Der Staat sollte stattdessen das Zusammenleben von Vater, Mutter und Kindern durch finanzielle und andere Hilfen in Krisensituationen stärken.“ (s. S. 44\*)

Die AfD setzt sich außerdem für die Wiedereinführung der Wehrpflicht (s. S. 32\*) und die Rückbesinnung auf die Atomkraft (s. S. 83)\* ein, sie möchte das Waffenrecht liberalisieren (s. S. 26\*) und die Vollverschleierung verbieten (s. S. 50)\*. Die Sorge der AfD gilt dem Geldsystem selbst, weshalb sie das Gold der Bundesbank ausschließlich in Deutschland lagern will (s. S. 77\*). Sie spricht sich dafür aus, dass deutsche Literatur nur in Deutschland digitalisiert werden kann. (s. S. 70\*)

Diese und viele weitere Positionen sind im Grundsatzprogramm der AfD, das auf dem Bundesparteitag Anfang Mai 2016 diskutiert und beschlossen wurde, festgehalten. Hier wird in 14 Kapiteln und auf 95 Seiten klar: Die AfD ist keine Alternative für Deutschland, sondern der Untergang vieler Werte, für die die Arbeiter\_innenbewegung seit ihres Bestehens gekämpft hat – und weiterhin kämpfen wird.

\*Quellenvermerk:

Die Seitenverweise beziehen sich auf das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, beschlossen auf dem 5. Bundesparteitag von 30.04.2016 – 01.05.2016 in Stuttgart. Die zugrunde liegende Version des Grundsatzprogrammes wurde am 01. Juni 2016 um 20:00 Uhr unter folgendem Link abgerufen: [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf)